



# Agenda für ein sicheres Deutschland

Annegret Kramp-Karrenbauer

Stephan Mayer MdB

Peter R. Neumann

## **„Agenda für ein sicheres Deutschland“**

*Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung. Am 26. September 2021 können sich Wählerinnen und Wähler in Deutschland entscheiden: Für mehr Sicherheit, damit sich alle Menschen in unserem Land überall zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher und frei von Angst bewegen können. Für einen starken Staat, der uns alle schützt und der Kriminalität, Extremismus und Terrorismus entschlossen bekämpft.*

*Dank der Sicherheitspolitik der Union können wir in Deutschland sicherer leben als in den meisten anderen Ländern der Welt. Jedoch werden Sicherheit und Freiheit jeden Tag aufs Neue herausgefordert: von Einbrechern, Trickbetrügern, kriminellen Clans, gewaltbereiten Extremisten, internationalen Terroristen oder Angriffen im Cyberraum. Deshalb wollen wir die Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaates weiter stärken. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang aus mehr Personal, besserer Ausstattung sowie zeitgemäßer Kompetenzen und Befugnisse.*

*Am 11. September jähren sich die Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten zum 20. Mal. Diese Anschläge haben uns bewusst gemacht, dass wir uns in den modernen, offenen Demokratien vor neuen Bedrohungen schützen müssen. Der hasserfüllten Welt des Terrorismus setzen wir Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und unseren wehrhaften Rechtsstaat entgegen. Die Verteidigung dieser Werte und unserer Art zu leben, verlangt Geschlossenheit und Entschlossenheit. Terror ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb werden wir den Kampf gegen Gefährder und Terroristen auf allen Ebenen konsequent fortsetzen.*

*Die Union steht fest hinter unseren Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anderen Sicherheitsbehörden. Wir verdanken ihnen unsere Sicherheit. Ihre Arbeit ist die Grundlage unserer Freiheit.*

### **I. Feinde der Demokratie und Terroristen nach innen und außen bekämpfen**

Wir treten jeder Form von Extremismus und Terror entschieden entgegen – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. Hanau, Halle und Kassel haben nochmals gezeigt, wie wichtig eine wehrhafte Demokratie ist. Deshalb ergreifen wir weitere notwendige sicherheitspolitische Maßnahmen – nach innen wie nach außen.

1. Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung des Terrorismus steht für eine gelungene Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zwischen Verfassungsschutz und Polizei sowie Bund und Ländern. Wir werden die Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden weiter intensivieren und stetig an aktuelle Herausforderungen anpassen.

2. Die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz müssen auch in der digitalen Welt so wirksam sein, wie sie es in der analogen Welt sind. Wir brauchen die Quellen-TKÜ und wir brauchen die Online-Durchsuchung – sowohl bei der Gefahrenabwehr als auch bei der Strafverfolgung. Und wir brauchen die Vorratsdatenspeicherung, die im Kampf gegen Terroristen oftmals das entscheidende Mittel ist, um Anschläge verhindern oder Täter dingfest machen zu können.

3. Innere und äußere Sicherheit lassen sich nicht mehr strikt voneinander trennen. Wir müssen die Vernetzung der Sicherheit auch in der künftigen Bundesregierung abbilden. Daher wollen wir im Bundeskanzleramt einen Nationalen Sicherheitsrat schaffen, der außen- und sicherheitspolitische Koordinierung, strategische Vorausschau und nachrichtendienstliche Erkenntnisse des Bundes und der Länder zusammenführt. Dieser Sicherheitsrat wird jährlich eine Nationale Sicherheitsstrategie

veröffentlichen, in der innen- und außenpolitische Bedrohungen beschrieben und konkrete, ressortübergreifende Strategien für deren Bekämpfung formuliert werden. Hierzu gehören auch sicherheitspolitische Aspekte neuer Gefahren wie etwa des Klimawandels oder globaler Pandemien. Unser Ziel ist ein integrierter Ansatz: Sicherheitspolitik aus einem Guss.

4. Angesichts der terroristischen Bedrohungen muss im Notfall auch die Bundeswehr zum Schutz der Menschen in Deutschland eingesetzt werden können. In besonderen Gefährdungslagen muss es möglich sein, die spezifischen Fähigkeiten der Bundeswehr im Innern unterstützend zu nutzen – unter Führung der Polizei und im Rahmen festgelegter Grenzen.

5. Hetzerische Parolen im Netz bereiten den Boden für eine weitere Verrohung der Sprache wie der politischen Auseinandersetzung und tragen wesentlich zur Radikalisierung von Einzelpersonen und Gruppen bei. Diese Spirale wollen wir durchbrechen. Dazu sollen Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden bei besonders schweren Fällen auch ohne Anzeige eingeleitet werden.

6. Wann immer möglich, sind zur Extremismusbekämpfung alle notwendigen Instrumente zu nutzen. Dazu gehören Verbote von verfassungsfreundlichen Organisationen und Vereinen, Verbote von Symbolen des Hasses und des Terrors, Einreise- und Aufenthaltsverbote, Ausweisungen, Abschiebungen und Grundrechtsverwirkungen.

7. Wir werden dafür sorgen, dass Gefährder mit allen gesetzlichen Möglichkeiten überwacht werden. Da die personellen Ressourcen hierfür nicht beliebig erweiterbar sind, werden wir auch alle technischen Möglichkeiten zur wirksamen Überwachung – wie die elektronische Fußfessel – nutzen und uns für entsprechende Rechtsgrundlagen einsetzen.

8. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, radikalisierte Gefährder in Sicherungsverwahrung zu nehmen, sobald sie strafrechtlich in Erscheinung treten und damit ihre Gewaltbereitschaft zeigen. Wer sich zum Beispiel im Ausland als Terrorist ausbilden lässt, ist eine große Gefahr und gehört ins Gefängnis. Die Sicherungsverwahrung wollen wir daher bereits für extremistische Ersttäter nutzen.

9. Werbung für terroristische Organisationen kann sich durch das Netz besonders rasch verbreiten. Sie ist der geistige Nährboden für terroristische Gewalt. Das Werben um Sympathie für kriminelle oder terroristische Vereinigungen soll daher wieder unter Strafe gestellt werden.

10. Deutschland und Europa müssen weltpolitikfähig werden, um für unsere Werte, Interessen und Sicherheit eintreten zu können. Nur durch ein aktives Engagement in der internationalen Sicherheitspolitik können wir unsere Freiheit sowie Frieden, Demokratie und Menschenrechte verteidigen. Das Engagement für die Sicherheit Deutschlands und Europas ist notwendig, wenn wir den Wohlstand und das gute Leben der Menschen in Deutschland erhalten wollen.

11. Wir müssen dafür sorgen, dass Afghanistan nicht erneut zur Plattform für den internationalen Terrorismus wird. Das war das erste Ziel des Afghanistan-Einsatzes – und dieses Ziel gilt weiterhin. Die USA und Europa müssen dazu jetzt gemeinsam eine Strategie abstimmen.

12. Die Menschen in Deutschland müssen sich auf den Schutz von Frieden und Freiheit verlassen können. Die NATO ist als Bündnis befreundeter Staaten ein zentraler Eckpfeiler unserer Sicherheitsgarantie. Unsere Soldaten haben Anspruch auf die beste Ausrüstung. Deutschland ist im eigenen Interesse ein verlässlicher Bündnispartner. Wir wollen daher die Ausgaben für Verteidigung auf zwei Prozent des BIP erhöhen. Damit erfüllen wir nur das Ziel, dem wir, wie alle NATO-Staaten, bereits 2002 zugestimmt haben. Der Verteidigungshaushalt ist ein Fürsorgehaushalt. Angesichts

neuer, moderner Bedrohungen muss in modernste Verteidigung investiert werden. Die Bundeswehr muss ein „Zukunftsträger“ in Deutschland sein.

13. Sicherheit ist eine zentrale gesamtstaatliche Aufgabe. Wir wollen mit einem Bundeswehrplanungsgesetz dazu beitragen, dass Sicherheit unabhängig von konjunkturellen Schwankungen und kurzfristigen Änderungen politischer Stimmungsbilder als Kernaufgabe des Staates verlässlich finanziell gesichert bleibt.

14. Zur Stärkung der Einsatzbereitschaft wollen wir die Stabslastigkeit der Bundeswehr reduzieren und die Truppe stärken. Dazu gehört auch eine Verschlankung der Führungsstrukturen des Bundesministeriums der Verteidigung.

15. Damit die Bundeswehr auf gefährlichen Auslandseinsätzen besser geschützt ist, wollen wir bewaffnete Drohnen für sie anschaffen. Die Blockade zur bereits vorbereiteten Beschaffung muss beendet werden. Bei uns steht die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten an erster Stelle.

16. Die jüngsten sicherheitspolitischen Entwicklungen verdeutlichen die Dringlichkeit einer neuen geopolitischen Strategie des Westens. Ziel muss es sein, das Vertrauen in die westliche Wertegemeinschaft und ihr internationales sicherheitspolitisches Engagement zu stärken. Dazu gehört auch, klare und realistische Ziele für Auslandseinsätze sowie gemeinsame Interessen der Bündnispartner zu definieren. Für die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ist ein klarer strategischer Kurs genauso wichtig wie eine einsatzfähige Armee.

17. Die Erfahrungen aus 20 Jahren Antiterrorkampf nach dem 11. September 2001 zeigen, dass wir neben einer starken und wehrhaften NATO auch eine Stärkung ziviler Kapazitäten brauchen, die zum Aufbau und zur Stabilisierung von staatlichen Strukturen unabdingbar sind. NATO und Europäische Union müssen wir im Sinne eines ganzheitlichen strategischen Ansatzes enger verzahnen, um somit die zivilen Kompetenzen der EU zu stärken.

18. Europa muss generell in der Außen- und Verteidigungspolitik zukünftig eine stärkere Rolle spielen. Dazu gehört die konsequente Weiterentwicklung gemeinsamer europäischer Rüstungsprojekte – wie der Eurodrohne –, aber auch die Einrichtung entscheidungsfähiger Gremien. Wir wollen die in der EU vorhandenen militärischen Fähigkeiten besser gemeinsam nutzen und dadurch die Handlungsfähigkeit der Europäer stärken. Durch neue Entscheidungsverfahren wollen wir eine schnelle und entschiedene Krisenreaktion der EU ermöglichen.

19. Die neue strategische Rolle findet ihr Gegenstück in der Wertschätzung und Anerkennung für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Mit dem kostenfreien Bahnfahren in Uniform und mit vielen öffentlichen Gelöbnissen haben wir erste Fortschritte gemacht. Wir wollen die öffentliche Würdigung und die Sichtbarkeit der Bundeswehr in der Öffentlichkeit weiter ausbauen.

## **II. Sicherheit europäisch garantieren**

Wir brauchen eine Europäische Sicherheitsunion. Mehr Sicherheit in und durch Europa bedeutet auch mehr Sicherheit für Deutschland. Nur gemeinsam als Europäische Union können wir Gefährder und Terroristen, Drogenschmuggler und Menschenhändler wirksam bekämpfen.

1. Wir wollen die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen ausbauen. Ihre personellen Kapazitäten werden wir deutlich aufstocken.
2. Wir wollen die relevanten, für die Grenzpolizei zugänglichen Datenbanken wie das Schengen-Informationssystem und EURODAC so gestalten, dass alle Informationen abrufbar zur Verfügung stehen.
3. Wir wollen, dass die Einreise an den Außengrenzen umfassend elektronisch überwacht wird. Die bereits beschlossene Einrichtung des Ein- und Ausreiseregisters für Drittstaatsangehörige EES werden wir daher ebenso vorantreiben wie das Reiseinformations- und Genehmigungssystem ETIAS.
4. Angesichts der weiterhin akuten terroristischen Bedrohungen wollen wir die enge Zusammenarbeit der Polizeien und Nachrichtendienste weiter intensivieren. Wir wollen, dass die in unterschiedlichen Informationssystemen vorhandenen Daten so verknüpft werden können, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden auf die von ihnen benötigten Informationen schnell zugreifen können – zur Prävention von Anschlägen ebenso wie zur Strafverfolgung nach terroristischen Taten.
5. Wir brauchen ein europaweites Tracking von Gefährdern, eine gemeinsame Gefährderbewertung und nationale Gefährderlisten, die europaweit automatisch zusammengeführt werden, ohne dass eine konkrete Abfrage des jeweiligen Täters erfolgen muss. Wir setzen uns auch für eine gemeinsame europäische Gefährderdatenbank ein.
6. Wir wollen EUROPOL als europäische Verbindungs- und Koordinierungsstelle finanziell so ausstatten und weiterentwickeln, dass es in wichtigen Bereichen zu einer Art europäischem FBI wird. Das gilt insbesondere im Kampf gegen Terrorismus, Cyberkriminalität sowie schwere und organisierte grenzübergreifende Kriminalität. Die operativen polizeilichen Befugnisse verbleiben bei den Mitgliedstaaten.

### **III. Null Toleranz gegenüber organisierter Kriminalität und Clan-Kriminalität**

Den Tatbestand der Geldwäsche haben wir bereits mehrfach verschärft und das Einziehen kriminell erlangter Vermögen erleichtert. Wir folgen dem Prinzip „Follow the money“ und setzen genau dort an, wo es den Kriminellen am meisten weh tut: beim Geld. Mit unserer Null-Toleranz-Strategie und einer Politik der tausend Nadelstiche werden wir den Kontroll- und Verfolgungsdruck auf kriminelle Clans weiter erhöhen. Der Abschottung in kriminelle Parallelgesellschaften mit eigenen Regeln und eigener Gerichtsbarkeit sagen wir den Kampf an.

1. Wir wollen, dass überall in Deutschland mithilfe einer lagebildabhängigen Schleierfahndung kontrolliert werden darf. Das ist nicht nur in Grenzregionen wichtig, sondern auch auf international bedeutsamen Verkehrswegen und im Umfeld von Bahnhöfen und Flughäfen. Den bislang für die Bundespolizei geltenden Grenzkorridor wollen wir dafür ausdehnen.
2. Geldwäsche wollen wir noch konsequenter bekämpfen und verfassungskonform regeln, dass bei Vermögen unklarer Herkunft künftig eine vollständige Beweislastumkehr gilt.
3. Mit fortlaufenden Einzelmaßnahmen, wie etwa wiederkehrenden Razzien, müssen kriminelle Clans weiterhin systematisch gestört werden. Sie dürfen keine ruhige Minute mehr haben. So zeigen

wir auch bei kleineren Rechtsbrüchen: Der Staat ist da und lässt sich nicht auf der Nase herumtanzen!

4. Die Polizeibehörden des Bundes und der Länder sollen ein einheitliches und bundesweites Lagebild zur Clankriminalität erstellen. Jedes betroffene Land erstellt unter Beteiligung aller relevanten Behörden ein entsprechendes Konzept.

5. Zur wirksamen Zusammenarbeit gegen Clankriminalität gehört es, länder- und behördenübergreifend zu ermitteln und auszuwerten, die Darstellung von Lageerkennnissen zu verbessern, den internationalen Austausch zu verstärken sowie eine abgestimmte Vorgehensweise zur Bewältigung von Einsatzlagen zu erarbeiten.

6. Wir wollen gezielte Aussteigerprogramme auflegen, um Clanmitglieder aus ihrem kriminellen Umfeld zu befreien und ihnen die Chance auf ein geregeltes Leben in Sicherheit zu eröffnen. Ebenso wollen wir Zeugenschutzprogramme massiv ausbauen, um das Leben von Belastungszeugen und ihren Angehörigen zu schützen, aber auch um Möglichkeiten zu erweitern, mit objektiven Maßnahmen Beweise zu sichern (wie etwa mittels einer Video-Vernehmung).

7. Viele Clanmitglieder besitzen zwar die deutsche Staatsangehörigkeit. Soweit dies jedoch nicht der Fall ist, sind bei kriminellen Mitgliedern sämtliche aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen mit dem Ziel der Ausweisung und Abschiebung anzuwenden.

8. Durch Abschottung und negative Vorbilder krimineller Familienangehöriger sind Kinder in Clanfamilien oft an einer positiven Entwicklung gehindert. Dies stellt eine Gefährdung des Kindeswohls dar und erfordert schützende Maßnahmen. Wir brauchen daher engen Kontakt zu diesen Familien und deren ständige Kontrolle seitens der Jugendämter.

#### **IV. Sicherheit im Alltag gewährleisten und Videoschutz im öffentlichen Raum weiter ausbauen**

Sicherheit ist besonders dort wichtig, wo wir zu Hause sind, im Alltag und in unserer Nachbarschaft. Ein Wohnungseinbruch verursacht nicht nur materielle Schäden, sondern verletzt auch massiv und nachhaltig das Gefühl von Sicherheit. Eine bürgernahe Polizei, die noch präsenter und sichtbarer sein muss, ist von bürokratischen Tätigkeiten zu entlasten. Straftaten gegen ältere Menschen wiegen umso schwerer, als diese vielfach ganz besonders psychisch unter den Folgen solcher Taten leiden. Daher sagen wir Trickbetrügnern, die gerade älteren Menschen Schaden zufügen, den Kampf an.

1. Wir wollen softwaregestützte Werkzeuge verstärkt einsetzen, mit deren Hilfe sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen lassen. So können besonders gefährdete Wohngebiete erkannt und gezielt Polizeistreifen dorthin geschickt werden.

2. Wir unterstützen Eigentümer und Mieter weiterhin dabei, Türen und Fenster besser zu sichern, damit Einbrecher dort gar nicht erst eindringen können. Dafür gibt es staatliche Zuschüsse (KfW-Programm), die wir weiter ausbauen wollen.

3. Wir brauchen noch mehr Polizisten auf Straßen und Plätzen – sowohl in der Stadt als auch in den ländlichen Räumen. In Zügen, auf Bahnhöfen und Flughäfen setzen wir auf eine noch stärkere Präsenz der Bundespolizei. Wir glauben weiterhin an Sicherheit durch Präsenz und Stärke.

4. Um vorbeugende Maßnahmen maßgeschneidert auf die örtlichen Verhältnisse abzustimmen, wollen wir Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Kommunen weiter stärken. Eine wichtige Ergänzung hierzu sind kommunale Präventionsräte.
5. Wir wollen den intelligenten Videoschutz an öffentlichen Gefahrenorten wie etwa vor und in Fußballstadien, an Bahnhöfen und weiteren Verkehrsknotenpunkten sowie in Bussen und weiter ausbauen. Um die Fahndung nach Gefährdern und Terroristen sowie schweren Straftätern zu erleichtern, soll die automatisierte Gesichtserkennung an geeigneten Gefahrenorten in Deutschland eingesetzt werden können.
6. Wir wollen Betrugsmaschen verhindern, die sich gezielt gegen ältere Menschen richten. Dazu zählen neben dem Enkeltrick auch Haustürgeschäfte oder falsche Gewinnversprechen am Telefon. Wir brauchen mehr ausgebildete ehrenamtliche Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren, damit sich diese besser vor Straftaten schützen können.
7. Wir wollen eine härtere Bestrafung beim Betrug, wenn der Täter das Alter, eine schwerwiegende Erkrankung oder die Behinderung des Opfers ausnutzt.
8. Ebenso wollen wir regeln, dass die „Fußtruppen“ der Betrüger – also diejenigen, die die Beute abholen – grundsätzlich als Mittäter und nicht nur als „Gehilfen“ bestraft werden. Wo erforderlich, wollen wir dies in den Straftatbeständen entsprechend verankern.
9. Auch wollen wir eine Strafschärfung beim Raub einführen, wenn der Täter eine Hilf- oder Wehrlosigkeit aufgrund von Alter oder Behinderung ausnutzt. Wir wollen diese Taten als schweren Fall des Raubes einstufen, so dass eine Mindestfreiheitsstrafe von drei Jahren gilt.
10. Wir wollen die Öffentlichkeit besser vor den neuesten Tricks der Betrüger warnen. Dazu sollen Bund und Länder gemeinsam eine Polizei-Warn-App („Nepper, Schlepper, Bauernfänger“ als App) entwickeln, mit deren Hilfe die Polizei unmittelbar vor neuen Maschen warnen kann.

## **V. Polizisten und andere Einsatzkräfte besser schützen**

Polizisten und andere Einsatzkräfte stehen täglich mit ihrer Arbeit und oft auch mit ihrem Leben für unsere Gemeinschaft und unser aller Sicherheit ein. Gewalt gegen sie richtet sich gegen uns alle. Um diejenigen besser zu schützen, die uns schützen, haben wir deren strafrechtlichen Schutz deutlich verbessert. Hierzu wollen wir weitere Maßnahmen durchsetzen.

1. Wir wollen die Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf sechs Monate, für heimtückische Attacken auf ein Jahr Haft erhöhen und damit als Verbrechen einstufen. Wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, soll eine Strafe bis zu zehn Jahren verhängt werden können.
2. Damit die Strafverfolgung von Angriffen auf Einsatzkräfte ihre volle präventive Wirkung entfaltet, ist eine schnelle Anklage erforderlich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Polizei und Justiz mit einer abgestimmten und beweiskräftigen Vorgangsbearbeitung zeitnah eine tat- und schuldangemessene Entscheidung des Gerichts erwirken können.
3. Polizisten müssen nicht nur gut ausgebildet, sondern auch gut ausgerüstet sein, damit sie uns und sich selbst gut schützen können. Wir wollen daher Aus- und Fortbildung verbessern und für eine

bestmögliche Ausstattung sorgen, wie etwa durch die flächendeckende Verwendung von Bodycams – auch bei Einsätzen in Wohnräumen.

4. Wir lassen unsere Einsatzkräfte nach schwierigen und gefährlichen Einsätzen sowie bei besonders belastenden Ermittlungen nicht im Stich. Wir schreiben Für- und Nachsorge groß und werden entsprechende Angebote weiter ausbauen.

5. Um Polizisten und anderen Einsatzkräften sowie Soldaten den Rücken zu stärken, wollen wir deren Schmerzensgeldansprüche neu regeln. Auch wenn sie im Dienst beleidigt werden, soll das dafür gerichtlich zugesprochene Schmerzensgeld vom Staat vorgestreckt werden.

6. Wir wollen diejenigen strafrechtlich zur Verantwortung ziehen, die sich einer gewalttätigen Menschenmenge anschließen, sich trotz polizeilicher Aufforderungen nicht entfernen und dadurch aktive Gewalttäter schützen.

## **VI. Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Missbrauch besser schützen**

Für uns haben Kindeswohl und Kinderschutz oberste Priorität. Wir stehen dafür, dass sich kein Täter sicher fühlen darf, und stellen Opferschutz vor Täterschutz. Daher haben wir den Schutz von Kindern und Jugendlichen in den zurückliegenden Jahren durch gezielte Gesetzesverschärfungen weiter verbessert. Doch damit ist für uns der Kampf noch nicht gewonnen.

1. Häufig ist es dem Zufall überlassen, ob Missbrauchsbilder bei Tätern entdeckt werden. Wir wollen die Provider deshalb verpflichten, anhand der sogenannten Hash-Werte bekannter Missbrauchsdarstellungen auf ihren Plattformen aktiv zu suchen und Treffer einschließlich der hinterlegten Bestandsdaten der Nutzer an das Bundeskriminalamt zu melden. Die Datenschutzinteressen aller rechtschaffenen Nutzer werden dabei nicht beeinträchtigt.

2. Im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch braucht es eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Das gilt insbesondere im technischen Bereich, etwa für die digitalisierte Auswertung des Bildmaterials.

3. Wir setzen uns für eine grundrechtskonforme Regelung zur Speicherung und zum Abruf von IP-Adressen ein. So stellen wir sicher, dass digitale Spuren für einen kurzen Zeitraum erhalten bleiben. Verbindungsdaten sind die neuen Fingerabdrücke. Ohne den Zugriff auf diese Daten als der schärfsten Waffe im Kampf gegen sexuellen Kindesmissbrauch laufen Ermittlungen oft ins Leere und Täter weiter frei herum.

4. Gerichte sollen leichter eine Überwachung mit elektronischen Fußfesseln bei Sexualstraftätern anordnen können. So kann viel besser erkannt werden, wenn sich etwa ein Pädokrimineller regelmäßig in der Nähe eines Spielplatzes oder einer Schule aufhält.

5. Kinderschutz soll zum Pflichtfach für alle werden, die hauptberuflich mit Kindern arbeiten: etwa in der Erzieherausbildung, im Studium Soziale Arbeit, in der Pädagogik, in der Ausbildung für das Familiengericht, im Psychologiestudium oder in der Ausbildung von Kinderärzten.

6. Um Kinder und Jugendliche besser vor sexuellem Missbrauch und Gewalt zu schützen, wollen wir eine groß angelegte Kampagne zur Aufklärung und Sensibilisierung starten.



7. Kitas und Schulen sollen zu einem zentralen Schutzort gegen sexuelle Gewalt werden. Sie sollen verpflichtend Schutzkonzepte einführen, die ein wichtiger Baustein bei der Aufdeckung und Prävention sexuellen Kindesmissbrauchs sind.

8. Wir wollen, dass in allen Ländern Beauftragte zum Schutz vor Gewalt und sexuellem Kindesmissbrauch eingesetzt werden.

9. Wir wollen sicherstellen, dass Ärzte Anzeichen von Gewalt und sexueller Gewalt gegen Kinder erkennen und damit in geeigneter Weise umgehen. Regelmäßige Früherkennungsuntersuchungen eröffnen eine Möglichkeit, sexuellen Missbrauch von Kindern aufzudecken. Im Falle eines begründeten Verdachts sollte die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Jugendhilfe verbessert werden.

10. Um die Täter zu finden, müssen wir Opfer und Zeugen ermutigen, das Schweigen zu brechen. Kinder müssen so behutsam wie möglich behandelt werden, wenn sie als Opferzeugen auftreten. Wir wollen, dass ihre Rechtsansprüche, wie etwa die audiovisuelle Zeugenvernehmung, durchgesetzt werden.

11. Wer sich an Kindern und Jugendlichen vergeht, darf nie wieder beruflich oder ehrenamtlich Umgang mit ihnen haben. Dazu ist bei rechtskräftig verurteilten Straftätern ein lebenslanger Eintrag im erweiterten Führungszeugnis notwendig.

## **VII. Gefahren aus dem Cyberraum abwehren**

Das staatliche Sicherheitsversprechen muss auch im digitalen Raum gelten. Unsere Grundversorgung mit Wasser, Strom und Telekommunikation und viele andere hochsensible Prozesse laufen über vernetzte IT-Systeme, die fortlaufend attackiert werden. Daher brauchen wir widerstandsfähige IT-Infrastrukturen und -Netze. Cybersicherheit ist nicht statisch. Ein Schutzniveau heute ist kein Garant für eine erfolgreiche Abwehr der Angriffe von morgen. Wir werden daher fortwährend beurteilen, was notwendig ist, um angemessen auf die dynamischen Entwicklungen im Cyberraum zu reagieren.

1. Bei schweren Cyber-Angriffen müssen wir in letzter Konsequenz in der Lage sein, aktiv auf die Ursache einzuwirken, um sie zu beenden. Wir werden die dafür erforderlichen rechtlichen Regelungen und eigene technischen Fähigkeiten für angemessene aktive Maßnahmen schaffen.

2. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wird zu einer Zentralstelle für Fragen der Informations- und Cybersicherheit ausgebaut. Es wird neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt eine starke dritte Säule unserer Cybersicherheitsarchitektur in Deutschland bilden.

3. Wir müssen bei IT-Beschaffungsvorhaben mehr Geld in den Schutz gegen Cyber-Angriffe investieren. Künftig müssen mindestens 20 Prozent der Sachmittel für IT-Vorhaben des Bundes für Informationssicherheit aufgewendet werden („Cyber-Quote“), um eine sichere Digitalisierung zu gewährleisten.

4. Wir wollen, dass Deutschland Marktführer für innovative Sicherheitslösungen sowie attraktiver Standort für innovative Unternehmen der Cybersicherheit wird. Wir werden die Herausbildung von Cyber-Exzellenzpolen weiter fördern und Leuchttürme mit internationaler Strahlkraft schaffen. Das

künftige Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung für IT-Sicherheit muss daher mit den entsprechenden Förderinstrumenten und erforderlichen Mitteln ausgestattet und eng mit den EU-Programmen Horizon Europe und Digital Europe verknüpft werden.

5. Aufgrund der hohen Wirtschafts- und Innovationskraft geraten deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen immer häufiger ins digitale Fadenkreuz internationaler Konkurrenten, fremder Nachrichtendienste und Krimineller. Um gerade kleine und mittlere Unternehmen bei der Stärkung ihrer IT-Sicherheit noch wirksamer zu unterstützen, denken wir an weitere steuerliche Anreize, wie beispielsweise schnellere Abschreibungsmöglichkeiten von Investitionen in IT-Sicherheit.

6. Um die gesamtstaatliche Resilienz gegen Cyber-Angriffe nachhaltig zu erhöhen, braucht es hochqualifiziertes Personal. Daher wollen wir die Ausbildung von Fachkräften und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses weiter ausbauen und den interdisziplinären Austausch und Transfer verstärken.

*Wer einen starken, verlässlichen und handlungsfähigen Staat will, der Recht und Ordnung konsequent durchsetzt, und zwar in allen Bereichen und gegenüber jedermann, muss am 26. September 2021 CDU und CSU wählen.*